

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Terroranschläge in der Türkei**
- **Wahl der Mitglieder des Hohen Rates für Rundfunk und Fernsehen (RTÜK)**
- **Neue Vorsitzende des Türkischen Verfassungsgerichts**
- **Info-Mail**

Terroranschläge in der Türkei

Schon seit Monaten warnen die türkischen Sicherheitskräfte vor einer neuen Terrorwelle der verbotenen „Kurdischen Arbeiterpartei“ (PKK), da vermehrt bei Kontrollen an der türkisch-irakischen Grenze Sprengstoff entdeckt wurde. Militärische Ausrüstung, so heißt es, sei im Irak einfacher zu organisieren als sauberes Wasser. Die türkischen Militärs gehen davon aus, dass sich auch ein Großteil der PKK-Kämpfer in den Bergen des Nordiraks aufhält. Auf diplomatischer Ebene fordert die Türkei schon seit einiger Zeit ein entschlossenes Handeln der USA gegen die terroristische PKK im Norden des Nachbarlandes, jedoch bisher ohne sichtbaren Erfolg. Vor diesem Hintergrund ist die jüngste Aussage von Ministerpräsident Tayyip Erdoğan zu verstehen, dass türkische Soldaten, falls dies notwendig werde, auch in den Nordirak eindringen könnten.

Bei den jüngsten PKK-Aktivitäten handelt es sich jedoch nach Einschätzung hiesiger Sicherheitsexperten um eine neue Dimension des **PKK-Terrors**.

Neben der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampf gegen das türkische Militär setzt die PKK seit geraumer Zeit auch auf Sprengstoffanschläge und Selbstmordattentäter in den türkischen Großstädten. Nach einem Bombenangriff auf einen türkischen Eisenbahnzug im Osten des Landes, bei dem fünf Sicherheitskräfte getötet wurden, scheiter-

te ein Selbstmordattentat auf das türkische Justizministerium. Nachdem die Zünderichtung seiner Bombe versagte, wurde der flüchtende Terrorist auf der Strasse vor dem Ministerium erschossen. Danach explodierten zwei weitere Bomben in den Touristenhochburgen Çeşme und Kuşadası. Über weitere **kleinere** Vorfälle berichten die türkischen Medien.

Der **PKK-Terror** scheint sich aber auch gegen kompromissbereite kurdische Intellektuelle zu richten. Ein Indiz dafür könnte die Ermordung des Politiker Hikmet Fidan in Diyarbakir sein, der sich öffentlich von der PKK und dessen inhaftierten Anführer Öcalan distanziert hatte. Das öffentliche Auftreten kurdischer Politiker und Intellektueller gegen den PKK-Terror und für eine friedliche Lösung des Konfliktes nimmt immer größere Ausmaße an. Die ehemaligen DEP-Abgeordneten um Leyla Zana haben sich zur Enttäuschung vieler ihrer Sympathisanten bisher von der PKK und ihrer neuerlichen Terrorwelle immer noch nicht distanziert. Sie stehen nun auch im Mittelpunkt der Kritik von denjenigen in Europa, die sie seit Jahren vorbehaltlos unterstützen.

Durch den neu aufflammenden Terror kann durchaus der türkische EU-Prozess torpediert werden. Gerade aber durch die Annäherung an die EU versprechen sich zu Recht viele Kurden ein größeres Maß an Demokratie. Der Terror schadet somit auch den Interessen der Kurden in der Türkei.

Es stellt sich daher die Frage, warum der Terror gerade jetzt wieder zunimmt und was sich die PKK davon verspricht. Nach seiner Festnahme im Jahre 1999 rief der PKK-Anführer Abdullah Öcalan einen einseitigen „Waffenstillstand“ aus. Er befahl die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und forderte seine Leute zum Rückzug in die Berge auf. Ende 2001 kündigte die PKK den Waffenstillstand auf und führte vereinzelt Überfälle durch. Heute sei dies jedoch, so der kurdische Intellektuelle Enver Sezgin, kein Krieg, sondern ein **Kriegsspiel**. Hatte die PKK früher mit Gebietsansprüchen oder mit der Forderung nach einem Föderalstaat ihren bewaffneten Kampf begründet, so stünden heute andere Motive im Vordergrund. Öcalan wolle mit diesen Aktionen dem türkischen Staat klar machen, dass er und seine Organisation bei der Lösung der Kurdenfrage als wichtigster Gesprächspartner akzeptiert werden müsse, so Sezgin.

In der türkischen Öffentlichkeit werden Regierung und Militär der Untätigkeit und des Zuschauens bezichtigt. Zudem sei es nicht zu akzeptieren, so die veröffentlichte Meinung, dass Öcalan mit Hilfe seiner Anwälte weiterhin mit der PKK in Verbindung stünde und die Terrororganisation von seiner Gefängniszelle aus dirigiere. Dieser Kritik wird von Sicherheitsexperten das Argument entgegen gestellt, dass dies bewusst geschehe, damit die PKK nicht auseinander falle, was den Kampf gegen den Terror erheblich erschweren würde.

Im Kontext der neuen Terrorakte ist auch klar geworden, dass die Amnestiegesetze der Jahre 2003/04 nicht erfolgreich waren. Nur sehr wenige PKK-Kämpfer haben davon Gebrauch gemacht. Es fehle eine soziale Komponente, so die Kritiker. Mittlerweile werde jedoch, nach Aussagen von politischen Beobachtern, an einem neuen Amnestiegesetz gearbeitet. Ein entsprechender Entwurf lege Staatspräsident Sezer bereits vor und im Oktober 2005 sollen sich die türkischen Politiker damit beschäftigen. Im Mittelpunkt dieser geplanten Amnestie stehe eine umfangreiche Wiedereingliederungsstrategie, so wird berichtet. 40% der jungen PKK-Kämpfer hätten bisher nicht an bewaffneten Auseinandersetzungen teilgenommen und für diese Gruppe sei dieses Angebot vorge-

sehen. Neben einer Amnestie stünden Reintegrationshilfen im Mittelpunkt dieser Initiative (z.B. billige Kredite für Unternehmensgründungen).

Ein Großteil der Kurden in der Türkei wünscht sich eine politische Lösung des Konflikts und dazu kann die EU einen wichtigen Beitrag leisten. Viele kurdische Intellektuelle erkennen mittlerweile, dass die PKK das größte Hindernis für eine friedliche Lösung des **Kurdenproblems** in der Türkei ist. Politische Beobachter gehen daher davon aus, dass die PKK, sollte sie weiterhin das Land mit Terror überziehen, immer mehr an Unterstützung verlieren werde. Die Regierung sollte daher ihre Politik des Ausgleichs und der Verständigung aufrecht erhalten und sich nicht auf militärische Abenteuer einlassen.

Wahl der Mitglieder des Hohen Rates für Rundfunk und Fernsehen

Die Mitglieder der Großen Türkischen Nationalversammlung hatten sich schon in den Sommerurlaub verabschiedet, als sie der Parlamentspräsident zu einer Sondersitzung zurück rief. Der Grund war die Wahl der neun Mitglieder des „Hohen Rates für Rundfunk und Fernsehen“ (RTÜK). Das Parlament hatte noch kurz vor der Sommerpause, nach Jahren der Diskussion, ein neues Gesetz zur Wahl der RTÜK-Mitglieder beschlossen. Die neue Rechtsgrundlage sah auch vor, dass spätestens zehn Tage nach dem Inkrafttreten die Wahl durchgeführt worden sein müsse.

Bisher wurden fünf Mitglieder dieses Gremiums auf Vorschlag der Regierungsparteien und vier Mitglieder auf Vorschlag der Oppositionsparteien vom Parlament bestätigt. Die Aufstellung von Kandidaten und Listen konnte Wochen dauern, denn vor dem Jahre 2002 handelte es sich meistens um Koalitionsregierungen.

Die Nominierung der zur Wahl stehenden Kandidaten basiert nun auf der prozentualen Sitzverteilung der Parlamentsfraktionen. Fraktionsstärke erreichen türkische Parteien im Parlament erst ab 20 Abgeordnete. Somit standen bei dieser Wahl den Kandidaten der AKP nur die CHP-Kandidaten gegenüber. Mehmet Ağar, Parteivorsitzender der Partei des Rechten Weges (DYP), die mit vier Parlamentariern in der Großen Türkischen Nationalversammlung vertreten ist, bezeichnete diese Wahl als Farce. Er rief die CHP zu einem Wahlboykott auf, die AKP solle doch alle neun Mitglieder aus den eigenen Reihen wählen. Ağar sieht in der Änderung des Wahlverfahrens eine Politisierung des Rundfunkrates, die so auch gegen die türkische Verfassung verstoßen würde.

Sechs Kandidaten der AKP und drei Kandidaten der CHP bilden nun den neuen Rat. Zahit Akman ist der neue Vorsitzende. Er war jahrelang Vertreter des konservativen Fernsehsenders **Kanal 7** in Ankara und Wunschkandidat der AKP.

Die Rundfunkkontrollbehörde RTÜK ist in den letzten Jahren immer wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussionen geraten. Die Behörde selbst ist erst 1994 gegründet worden, wenige Jahre nachdem das Fernseh- und Rundfunkmonopol des Staatssenders TRT gefallen war und sich relativ schnell private Fernsehanstalten gründeten. In den Aufgabenbereich von RTÜK fällt neben der Überwachung des Sendebetriebs auch die der Eigentümerstruktur der privaten Sender. RTÜK sprach in den vergangenen Jahren viele Sendeverbote und Geldstrafen aus. Die Höhe der Bußgelder kann einen kleinen regionalen Sender jedoch schnell an den Rand des Ruins bringen. Aufgefallen war RTÜK in den letzten Wochen durch zwei strittige Entscheidungen. Zum

einen Verbot die Behörde einen Werbespot eines bekannten japanischen Autoherstellers, der europaweit lief. Ferner verbot RTÜK die Pay-TV-Erotiksender des digitalen Anbieters DIGI-Türk.

Neue Vorsitzende des Türkischen Verfassungsgerichts

Zum ersten Mal in der 45-jährigen Geschichte des Türkischen Verfassungsgerichts **A-nayasa Mahkemesi** wird mit H. Tülay Tuğcu eine Frau für die nächsten zwei Jahre die Leitung des Amtes übernehmen. Dies ist sicherlich auch ein Erfolg für die Gleichberechtigung der Frauen in der Türkei, zumal zurzeit nur zwei der elf Verfassungsrichter Frauen sind. Ihre Wahl zeige, die sehr starke Orientierung der männlichen Mitglieder des Türkischen Verfassungsgerichts an der türkischen Verfassung und beweise deren „laizistisch-demokratische“ Grundüberzeugung, so die überglückliche zweifache Mutter.

Die Wahl der neuen Vorsitzenden verkam jedoch fast schon zur Farce, weil seit drei Wochen fast täglich gewählt wurde. Erst mit dem 59. Wahlgang konnte die Nachfolge für den aus Altersgründen ausgeschiedenen Mustafa Bumin geregelt werden. H. Tülay Tuğcu erreichte mit sechs Stimmen die notwendige einfache Mehrheit. Jedoch begünstigten mehrere Umstände ihre Wahl: Der bisherige Stellv. Vorsitzende Haşim Kılıç, der in allen Wahlgängen zwei bis drei Stimmen auf sich vereinigen konnte, zog seine Kandidatur vor dem letzten Wahlgang zurück und machte so den Weg für Frau Tuğcu frei. Darüber hinaus ist sie die Älteste in dem Gremium. Entscheidend war aber die Ernennung von drei neuen Verfassungsrichtern durch Staatspräsident Sezer, die nach ihrer Vereidigung bei dem nächsten Wahlgang im September dann stimmberechtigt gewesen wären.

Frau H. Tülay Tuğcu ist Absolventin der Juristischen Fakultät der Universität Ankara. 1992 wurde sie Mitglied des Oberverwaltungsgerichts (Staatsrates), wo sie bis 1999 in verschiedenen Kammern tätig war. Der damalige Staatspräsident Süleyman Demirel bestätigte sie dann 1999 als Mitglied des Türkischen Verfassungsgerichts. Tülay Tuğcu war in den letzten sechs Jahren mitverantwortlich für viele wichtige Entscheidungen des türkischen Verfassungsgerichts. Sie hat u.a. die Parteienverbote gegen die Fazilet Partisi (Tugendpartei) und die pro-kurdische Partei HADEP mitgetragen. Das Parteienverbot gegen die Fazilet Partisi und das fünfjährige Politikverbot für einige Protagonisten dieser Partei bezeichnete sie als sehr nachsichtig, sie hätte sich drakonischere Strafen vorstellen können.

Das Türkische Verfassungsgericht wurde erst 1961 **zur Kontrolle der gesetzgeberischen Tätigkeiten der Legislative** gegründet. Es besteht aus 11 ständigen und vier Ersatzrichtern. Alle Mitglieder des Verfassungsgerichts werden vom Staatspräsidenten ernannt. Elf Richter wählt er nach einem komplizierten Schlüssel aus den jeweils drei Kandidaten des Kassationsgerichtshofs, dem Oberverwaltungsgericht (Staatsrat), dem Rechnungshof, dem Militärkassationsgerichtshof, dem Hohen Militärverwaltungsgericht und des Hochschulrates (YÖK) aus. Die vier restlichen Mitglieder kann er selbst bestimmen. Die Mitglieder des Türkischen Verfassungsgerichtes sind bis zum Eintritt ins Rentenalter im Amt. Der Vorsitzende wird in geheimer Abstimmung normalerweise für die Dauer von vier Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Ansehen und Bedeutung des Türkischen Verfassungsgerichts sind hoch. Der ehemalige Vorsitzende, Ahmet

Necdet Sezer, ist seit fünf Jahren Staatspräsident. Er hat bereits 34 Gesetze der AKP-Regierung durch sein Veto abgelehnt. Dies ist ein türkischer Rekord.

Die langwierige Wahl der neuen Vorsitzenden rief die Kritiker auf den Plan, die erheblichen Reformbedarf beim Türkischen Verfassungsgericht sehen. In vorderster Front fordert der AKP-Abgeordnete und Verfassungsrechtler Prof. Dr. Burhan Kuzu die Umgestaltung der verkrusteten und schwerfälligen Behörde und eine Erhöhung der Anzahl der Mitglieder auf 21. Sieben sollen vom Parlament direkt gewählt und elf Mitglieder sollen die höheren Gerichte selbst benennen dürfen. Der Staatspräsident soll dann nur noch drei oder vier Mitglieder bestimmen. Die Macht des Präsidenten würde damit erheblich eingeschränkt werden, was sicherlich im Interesse der AKP-Regierung liegt. Die Amtszeit der Verfassungsrichter soll dann auch auf sieben Jahre beschränkt werden. Die neue Vorsitzende hat sich zu diesen Vorschlägen bereits geäußert. Prinzipiell finde auch sie eine Reform notwendig. Auch die Idee, dass das Parlament Mitglieder des Verfassungsgerichts wählen könne, sei vernünftig. Wenn das Parlament jedoch sieben von 21 Verfassungsrichtern wählen sollte, dann wäre das eine „*Politisierung des türkischen Verfassungsgerichts*“.

Info-Mail

Die Sitzverteilung in der Großen Türkischen Nationalversammlung mit Datum 27. Juli 2005: AKP 358 Sitze, CHP 159 Sitze, ANAP 14 Sitze, Unabhängige 10 Sitze, DYP und SHP jeweils 4 Sitze und HYP 1 Sitz. +++ Im Kontext der lebhaften Diskussionen über die Armenierfrage in der Türkei ging völlig unter, dass das türkische Tourismusministerium die armenische **Akdamar-Kirche** auf der gleichnamigen Insel inmitten des größten türkischen Sees, dem Vansee, restaurieren lässt. Bestandteil der 20-köpfigen Restaurationsmannschaft ist auch der armenischstämmige türkische Architekt Zakarya Midanoğlu. Auf Vorschlag des armenischen Patriarchen Mesrop II. soll er die Bauarbeiten überwachen. +++ Ein Wissenschaftler der Sakarya Universität hat eine Untersuchung zur politischen Identität von Parteimitgliedern und Wählern der regierenden AKP veröffentlicht. Die Untersuchung wurde unter 1.930 Befragten durchgeführt und umfasst insgesamt 400 Seiten. Einige Ergebnisse dieser Untersuchung: 38% der Befragten geben an, dass sie sich selbst oder ein Familienmitglied nach den Grundsätzen der islamischen Kleiderordnung kleideten. 28% der Befragten geben an, dass sie selbst oder mindestens ein Mitglied ihrer Familie Absolventen der Predigerschulen (Imam-Hatip) seien. Die Frage nach dem Alkoholkonsum ließen die meisten unbeantwortet. Der Wissenschaftler gibt aber nach eigenen Schätzungen an, dass 50% der Befragten Alkohol konsumierten. 23.8% der Befragten definierten die **politische Linke** als Ungläubigkeit und als Politik, die die Religion nicht ehre. Nach der politischen Identität der AKP gefragt, geben 54.8% **konservativ**, 52.9% **demokratisch** und 44.6% **reformistisch** an. Nur 6.6% sehen in der AKP eine traditionalistische Partei. 73% der Befragten geben eine USA-kritische Haltung zu, bei Israel sind es sogar 83% +++ Ministerpräsident Tayyip Erdoğan deutete auf einer Auslandsreise in den Libanon vor Monatsfrist an, dass womöglich in naher Zukunft weitere Zusammenlegungen von Ministerien anstünden. Als die AKP an die Macht kam, gab es in der Türkei 38 Ministerien und Staatministerien. Heute sind es gerade einmal 23. Erdoğan weiter: „*Wie Tante Emmaläden wurden Ministerien eröffnet. Die USA wird durch 14 Ministerien regiert. Auch wenn das System ein anderes ist, gibt es in der Türkei zurzeit 14 Ministerien. Da diese Zahl immer noch zu hoch ist, werden wir weiter reduzieren. Jedoch geht eine solche Zusammenlegung nicht von heute auf morgen, sondern braucht Zeit*“ +++ Umweltschutz ist

in der Türkei ein Randthema und wird auf dem Weg nach EU große Probleme aufwerfen. Zum Schutz der Umwelt hat die türkische Gendarmerie türkeiweit Umweltteams gebildet. Diese überwachen an der gesamten Küste des Schwarzen Meeres zum Beispiel rund um die Uhr alle Zuflüsse. Aufgrund ungeklärter Abwässer gerieten in den letzten Jahren die Bestände der türkeiweit beliebten Anshovis in große Gefahr. Die Gendarmen, die eine spezielle Zusatzausbildung in Umweltfragen erhalten haben, klären die Menschen in den Dörfern hauptsächlich über Umweltbelange auf. Die ersten Erfolge seien zu verzeichnen, weil seit zwei Jahren die Schmutzwasserbelastung aus den Zuflüssen merklich zurückgegangen sei. +++ Der Oberstaatsanwalt des türkischen Kassationsgerichtshofs Nuri Ok hat auf neun Punkte der Parteisatzung der AKP hingewiesen, die undemokratisch seien und einer Änderung bedürften. U.a. ist im Paragraph 39 der Satzung der AKP bestimmt, dass der Vorstand die Wahl von Delegierten für den Parteienkongress, Kongresse der Gouverneursbezirke und Ortsbezirke als ungültig anerkennen und eine Wahlwiederholung festlegen kann. Diese Bestimmung verstoße nach Ansicht des Hohen Gerichts gegen die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie, wie sie im türkischen Parteiengesetz dargelegt seien. Paragraph 126 des AKP-Parteistatuts beschäftigt sich mit dem Vorschlagsrecht für Abgeordnetenmandate. 5% der Kandidaten für das Abgeordnetenmandat werden auf den Listen durch den Parteivorsitzenden vorgeschlagen. Der Einwurf des Richters betrifft die Bestimmung des Parteivorsitzenden. Nach türkischem Parteienrecht sei dieses Vorschlagsrecht durch den Vorstand einer Partei wahrzunehmen und nicht durch den Parteivorsitzenden selbst. In letzter Konsequenz dürfte sich de facto aber der Vorsitzende einer türkischen Partei auch in seinem Vorstand mit seinen Vorschlägen durchsetzen. Die AKP ist jedoch nun aufgefordert, diese und andere Bestimmungen ihres Statuts in den nächsten Monaten zu korrigieren. +++ Prof. Dr. Yalçın Küçük ist in der Türkei für seine oftmals doch sehr eigenwilligen Unternehmungen bekannt. Nun ist er mit einem Brief an den Staatspräsidenten an die Öffentlichkeit getreten. In diesem Brief klagt er Egemen Bağış, AKP-Abgeordneter und enger Vertrauter Erdoğan's sowie Cüneyt Zapsu, AKP-Vorstandsmitglied und Chefberater des Ministerpräsidenten, in seltsamer Weise an. Es stünde gegen die türkische Verfassung, dass beide Personen bei offiziellen Anlässen und Staatsbesuchen des Ministerpräsidenten auch als Dolmetscher fungierten, obwohl sie beide keine türkischen Staatsbeamten seien. Dolmetscher bei offiziellen Anlässen müssten vereidigt sein und auch dem Staat gegenüber verpflichtet, Staatsgeheimnisse als solche zu behandeln. Seine Anklage richtet sich aber auch gegen den Ministerpräsidenten höchstpersönlich, der durch die Übersetzertätigkeit beider die Aufhebung der verfassungsrechtlich bestimmten Staatsordnung billigend in Kauf nehme. +++ Eine parallele Umfrage zweier Institute in den beiden Teilen Zyperns unter jeweils 1000 Befragten lieferte interessante Ergebnisse. Demnach würden 37.3% der griechischen Südzyprioten und 28.5% der türkischen Nordzyprioten ohne weiteres einen Nachbarn aus der jeweils anderen Bevölkerungsgruppe akzeptieren. 42.2% der Südzyprioten und 22.4% der Nordzyprioten geben an, dass für eine einvernehmliche Lösung auf Zypern sie für die Ängste und Sorgen der jeweils anderen Seite mehr Verständnis zeigen müssten. Bei den verschiedenen Lösungsalternativen betreffend Migration und Landbesitz, präferieren die Nordzyprioten überwiegend den Annan-Plan. Die griechischen Südzyprioten lehnen diesen entschieden ab. +++ Auch die türkische Bürokratie scheint unbeirrbar, an Vorschriften haftend, keine Ausnahmen zu zulassen. In Istanbul wird Ende August 2005 zum ersten Mal der **Große Preis der Türkei** stattfinden. Zur Promotion des Formel-1 Spektakels lud man eigens den Piloten David Coulthard vom Rennstall **Red-Bull** nach Istanbul ein. Er fuhr an einem Sonntag auf einer für ihn gesperrten Strecke mit seinem Formel-1 Boliden über die Bosphorus-Brücke und kehrte dort um. Nach einigen Tagen wurde der Firma Red-Bull in Istanbul ein Strafmandat zugestellt. Coulthard hatte die Brücke überquert, für die normalerweise eine

Maut von 3 YTL, ca. 1.50 Euro anfällt. Da er nicht gleich bezahlte, kamen Verzugszinsen hinzu, so dass insgesamt ca. 33 YTL, ca. 15 Euro, an Bußgeld zu bezahlen sind. Die türkische Straßenverkehrsbehörde, die auch die Maut auf beiden Bosphorus-Brücken einsammelt, gab an, dass außer dem Dienstwagen des Staatspräsidenten, alle Fahrzeuge, die die Brücken passierten ohne Ausnahme Maut bezahlen müssten. Den türkischen Behörden scheint jedoch entgangen zu sein, dass Coulthard stellenweise mit 250 km/h durch die Stadt gefahren war. +++ Anlässlich eines Treffens mit deutschen **Journalisten**, die auf **Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung für eine Woche die Türkei bereisten**, bestätigte der türkische Außenminister Gül nochmals, dass erst nach der Umsetzung des EU-Anpassungsprozesses darüber entschieden wird, ob das Land der EU beitreten werde. +++ „Nicht genehmigt“ wurde von dem Gouverneur von Sanliurfa die beantragte Reise des Bürgermeisters von Suruc zu Studienzwecken nach Deutschland. Offizielle Begründung: Die Stadt sei in einem dreckigen Zustand (Bericht der Tageszeitung Hürriyet). +++

Ankara, den 27. Juli 2005

Frank Spengler/ Dirk Tröndle